

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Fringschein monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbspaltigen Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 242.

Dresden, Montag den 19. Oktober 1914.

25. Jahrg.

Krieg und soziale Entwicklung

Der Krieg hat nicht nur eine Unterbrechung in die normale wirtschaftliche und soziale Entwicklung gebracht, er hat auch, wie es seiner Wesenart entspricht, gewaltige Veränderungen im wirtschaftlichen Leben bewirkt. Das ganze gewerbliche Leben, Produktion und Konsumtion, Geld-, Waren- und Arbeitsmarkt wurden den stärksten Erschütterungen ausgesetzt. Millionen von Arbeitskräften sind der Produktion entzogen worden, um in den Krieg zu ziehen, ebenso viele der zurückgebliebenen Volksgenossen haben ihren Erwerb ganz oder teilweise verloren. Ein solcher Zustand läßt sich nur ertragen und überwinden, wenn das Volk solidarisch zusammenhält. Zu den Voraussetzungen, unter denen ein so hochentwickeltes Industrieland wie Deutschland einen Krieg von der Ausdehnung und Dauer des gegenwärtigen Weltkrieges führen kann, gehört deshalb die Solidarität des Volkes, weitestens bis zu einem gewissen Grade. Daher erleben wir jetzt neben den Schrecken des Krieges eine Anerkennung und Förderung sozialistischer Gedanken von allen Seiten, von der Regierung und der Belegschaft.

Die soziale Fürsorge in der Kriegszeit kann nicht allgemein in die Sozialpolitik eingereiht werden. Sie hat mehr Ähnlichkeit mit dem Armenwesen als mit den sozialen Versicherungseinrichtungen. Selbst die auf Reichsrecht beruhende Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wird nur bei „Bedürftigkeit“ gewährt, sie stellt also keinen allgemeinen Rechtsanspruch der Kriegsteilnehmer dar. Die Arbeitslosen werden sogar ganz nach den Grundrissen der Armenversorgung unterstützt, auch wenn die gewährte Hilfe nicht als Armenunterstützung angerechnet werden soll. Aber mehr als alle theoretischen Erörterungen hat dieser Zustand, der die Gemeinden in eine schwierige Lage versetzt, einer Arbeitslosenversicherung nun den Weg geebnet. Niemand wird mehr in Zukunft die dringende Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung bestreiten können, und man wird diese soziale Einrichtung sogar verlangen müssen im Interesse der Landesverteidigung.

Nicht minder deutlich ist auch allen Teilen des Volkes nun die Berechtigung und Durchführbarkeit anderer sozialistischer Forderungen zum Bewußtsein gekommen. Vor Ausbruch des Krieges hat Deutschland jahrelang fortgesetzt eine Steigerung der Lebensmittelpreise bis zur Unerträglichkeit zu bezeichnen gehabt. Eine gesetzliche Regelung der Preise wurde als undurchführbar verworfen. Das vom Reichstage beschlossene Gesetz, wonach für die Dauer des Krieges Höchstpreise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel aller Art sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe festgesetzt werden können, begegnet keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten, sobald der Wille zur Durchführung vorhanden ist. Tatsächlich hat es in vielen Gegenden eine Preissteigerung verhindert. Der Krieg ist freilich kein normaler Zustand. Aber dieser anormale Zustand zeigt sich ja gerade in Erscheinungen, die preissteigernd zu wirken pflegen: das Angebot von Nahrungsmitteln läßt nach, weil der Import fast ganz aufhört. Wenn sich trotzdem Höchstpreise einführen lassen, so ist das der schlagendste Beweis dafür, daß eine gesetzliche Regelung der Lebensmittelpreise in der Friedenszeit erst recht möglich ist.

Ebenso verhält es sich mit der Einführung von Maximierungen und mit der staatlichen und kommunalen Anerkennung der Gewerkschaften. Sobald der Wille vorhanden war, hat sich auch ein Weg zur Durchführung gefunden.

Die Versorgung des Volkes mit guten und billigen Nahrungsmitteln und vor allem auch die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Arbeitslosen hätte aber überhaupt keinerlei Schwierigkeiten bereitet, wenn die kommunalpolitischen Einrichtungen schon höher entwickelt wären. Die Kommunen haben zwar vor einigen Jahren damit begonnen, den Lebensmittelvertrieb in eigene Regale zu nehmen, aber über kleine Anfänge sind sie nicht hinausgekommen. Im Jahre 1912 haben 56 Gemeinden Schlachtvieh angekauft, und zwar 11 000 Stück Rindvieh und 3200 Schweine, wofür etwa 6,5 bis 8 Millionen Mark aufgewendet wurden. Die Versorgung der Bevölkerung mit frischem Fleisch haben in dem genannten Jahre 202 Gemeinden unternommen; Großstädte sowohl wie Mittel- und Kleinstädte und ländliche Gemeinden. Das bezogene Fleisch hatte einen Wert von 24 bis 25 Millionen Mark. Einige Städte besitzen auch bereits eigene Schweinemästereien. 163 Gemeinden hatten im Jahre 1912/13 Fischverkauf eingerichtet, 5 Gemeinden den Verkauf von Kartoffeln. Nur wenige dieser Einrichtungen waren beim Beginn des Krieges noch vorhanden. Wie leicht hätte sich aber die Lebensmittelversorgung regeln und jedweder Mangel beseitigen oder doch stark mildern und überwinden lassen, wenn die Gemeinden allgemein eigene Brotfabriken und Fleischer-

ereien, Mästereien und Mischanstalten, Fisch- und Kartoffelvertrieb usw. besäßen. Einrichtungen, die in einzelnen Städten teilweise bestehen, also praktisch erprobt sind.

Was überhaupt der öffentliche, d. h. der staatliche und kommunale Besitz von Unternehmungen aller Art für eine Kriegsführung bedeutet, das tritt zurzeit in Deutschland recht klar zutage. In den staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Betrieben und in der Verwaltung werden ungefähr 2 Millionen Personen beschäftigt, die mit ihren Familien sicher einen Kreis von 6 1/2 Millionen Einwohnern umfassen. Das ist etwa ein Zehntel der Bevölkerung Deutschlands, das während des Krieges ohne weiteres wirtschaftlich versorgt ist. Das reine Vermögen der deutschen Gemeinden — das im wesentlichen verbunder Besitz ist, Betriebe, Forsten usw. — kann auf 20 Milliarden geschätzt werden. In Bayern kamen bereits im Jahre 1910 auf den Kopf der Bevölkerung 233,3 M. kommunales Vermögen; in München 781,3, in Nürnberg 550,1, in Augsburg 565,8 M. Da Deutschland heute fast 70 Millionen Einwohner zählt, in vielen Teilen des Reiches der kommunale Besitz größer ist als in Bayern, dürfte der gesamte kommunale Besitz wohl noch größer sein als 20 Milliarden. Nach den Reinerträgen der letzten Jahre berechnet, dürfte der verbundene Besitz des Deutschen Reiches und der einzelnen Bundesstaaten einen Wert von 25 Milliarden repräsentieren, der gesamte Besitz sicher 30 Milliarden. Das

Vermögen der Arbeiterversicherung beträgt 3 Milliarden Mark. Dieser öffentliche Besitz im Werte von rund 50 Milliarden Mark hat nicht nur den großen Erfolg der Kriegsanleihe zum Teil bewirkt, weil er den Kommunen es möglich machte, trotz außerordentlich hoher Aufwendungen zu Fürsorgezwecken noch hohe Summen zu zeichnen, er bildet auch ein festes Element im Wirtschaftsleben und eine große wirtschaftliche Kraft zur Überwindung der auftretenden Notstände. Der größte Teil der deutschen Forsten ist in öffentlichem Besitz und kann eventuell zu verschiedenen Hilfszwecken den Bedürftigen geöffnet werden. Nach den Vorschlägen des Jahres 1913 hatten das Reich und die Bundesstaaten zusammen einen Besitz an Forsten von 5 094 064 Hektar. Die Gemeindeforsten hatten im Jahre 1900 eine Größe von 2 258 090 Hektar, die Stiftungsforsten umfaßten 211 015 Hektar. Von den 13 995 869 Hektar Forsten waren im Jahre 1900 im Privatbesitz nur 6 503 365 Hektar.

Diese Tatsachen erklären es zum Teil, daß das industriell so hoch entwickelte Deutschland die wirtschaftlichen Erschütterungen durch den Krieg leichter zu ertragen scheint als andere Länder, in denen der Individualismus in der Produktion sorgfamer gehütet und gefördert worden ist. Sie beweisen aber auch, daß die Sozialisierung der Produktion und des öffentlichen Lebens die Stärkung der Nation bedeutet. Sozialismus ist Gemeinlichkeit, und Gemeinlichkeit ist die größte Kraft eines Volkes!

Kämpfe auf der See.

Vier deutsche Torpedoboote in den Grund gebohrt.

Die englische Flotte hat wiederholt durch deutsche Unterseeboote empfindliche Verluste erlitten, aber auch die deutsche Flotte bleibt von Verlusten nicht verschont. Es liegt folgendes Telegramm des Chefs des deutschen Admiralsstabes vor, das die Verluste von vier deutschen Torpedobooten meldet:

Berlin, 18. Oktober. (Amlich.) Am 17. Oktober nachmittags gerieten unsere Torpedoboote S 115, S 117, S 118, S 119 unweit der holländischen Küste in Kampf mit dem englischen Kreuzer Undaunted und vier englischen Zerstörern. Nach antwortlichen englischen Nachrichten wurden die deutschen Torpedoboote zum Sinken gebracht und von ihren Besatzungen 31 Mann in England gelandet.

Die vier Torpedoboote hatten eine Wasserverdrängung von 420 Tonnen, ihre Bewehrung belief sich auf etwa 60 Mann. Da nur 31 Mann gerettet worden sind, dürften 200 deutsche Seeleute den Tod gefunden haben. Die Engländer behaupten, daß sie nur einen Offizier und vier Matrosen verloren haben. Der englische Kreuzer Undaunted war ein modernes Schiff mit

3600 Tonnen Wasserverdrängung. Die englischen Torpedoboote, die an dem Kampfe teilnahmen, waren nach den vorliegenden Meldungen ganz moderne Boote, während die verlorenen deutschen Torpedoboote schon in den Jahren 1902 und 1903 vom Stapel gelassen wurden. Nach den Meldungen der Besatzung eines holländischen Fischdampfers waren bei dem Gefechte, das den Verlust der deutschen Torpedoboote herbeiführte, im ganzen 15 englische und deutsche Schiffe beteiligt.

Von der Besatzung des englischen Kreuzers Gamble sind jetzt 48 Mann durch den Dampfer Modesta gelandet worden. Sie erzählten, daß der Kreuzer bei der Wache von dem Torpedo getroffen wurde und nach fünf Minuten sank, so daß nur wenige Rettungsboote herabgelassen werden konnten. Uebrigens scheinen die Engländer noch einen anderen Verlust erlitten zu haben. Von zwei Dampfern mit 21 Mann Besatzung, die ausgelaufen waren, um Minen aufzusuchen, kam man seit dem 1. Oktober nichts gehört. Die Dampfer dürften wohl verloren gegangen sein.

Die Furcht vor den Deutschen Unterseebooten hat nun auch dazu geführt, daß die Küsten den Rigaschen und Finnischen Meerbusen durch Minen gesperrt haben.

Aus dem Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 19. Okt. (amlich.) Angriffsversuche des Feindes in der Gegend westlich und südwestlich von Lille wurden von unseren Truppen unter starken Verlusten für den Gegner abgewiesen. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert. (B. T. B.)

Die Teilnahme Portugals am Kriege.

Aus Bordeaux wird gemeldet, daß England die bewaffnete Hilfe Portugals für den jetzigen Krieg verlange. Die portugiesische Regierung habe beipflichtet und das Parlament berufen, das ohne weiteres zustimmen würde. Ueberall herrsche großer Enthusiasmus darüber.

Wien, 18. Oktober.

Zur angeblich bevorstehenden Teilnahme Portugals am Krieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn schreibt das Fremdenblatt: Das stolze Alibion schaut sich nicht, um Portugals Unterstützung zu werden. Es schämt sich nicht vor der ganzen Welt, solch eklantamen Beweis seiner Schwäche zu geben. Mit den englischen Kontingenten scheint es ziemlich am Ende zu sein. Die Franzosen zur Hilfe eilen könnten. Die Angst vor der deutschen Invasion ist jetzt da die Deutschen in Ostende stehen und auf Calais marschieren, außerst gestiegen. Wenn England noch Truppen aufstellen kann, werden diese höchst zu Hause bleiben, um Großbritannien gegen den drohenden deutschen Einfall zu verteidigen. Daher sollen jetzt die Portugiesen ins Feld rücken, um den Franzosen Ersatz für die mangelnde englische Hilfe zu bieten. Wenn die Tripelallianz, die so laut die baldige Zerstückelung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands verkündete, jetzt sogar Portugal anruft, kann man sich leicht vorstellen, wie die Dinge in Wirklichkeit stehen. Großbritannien meinte, es werde auch diesen Krieg wie die früheren führen können, sein Risiko tragen und Profit machen. Aber es ist auch diesmal wie so oft in diesem Kriege anders gekommen, als man in London dachte.

Eine Erklärung Salandras.

Rom, 12. Oktober. Ministerpräsident Salandra hat gestern das Ministerium des Aeußeren übernommen. Auf die Begrüßungsworte des Unterstaatssekretärs Bonfante antwortete Salandra mit einer Ansprache, in der er sagte: Ich habe den Platz von di San Giuliano für eine Spanne Zeit eingenommen, die, wie ich hoffe, sehr kurz sein wird. Meine gegenwärtige Stellung zielt insbesondere dahin, die Gemeinlichkeit der Ziele und Methoden mit denen San Giulianos zu betätigen. Die wesentlichen Richtlinien unserer internationalen Politik werden dieselben sein, wie sie gestern waren. Um bei ihnen zu verharren, ist eine unerschütterliche Festigkeit der Meinung, ein klarer Will für die wirklichen Interessen und Weise des Vorgehens nötig, die erforderlichenfalls schweres Handeln nicht ausschließen, ist Klugheit nicht in Worten, sondern in Handeln, ist ein Geist nötig, der frei ist von jeder vorgefaßten Meinung und von jedem Vorurteil, von jedem Gefühl, das nicht das einer ausschließlichen und unbegrenzten Eingebung an unser Vaterland, einer geteilten Selbstsucht im Dienste Italiens ist.